

Irmtraud Fischer

**Die politische Umsetzung im  
gesellschaftlich-universitären Bereich**

Das Thema dieser Tagung „Was verändert feministische Theologie?“ möchte ich für meine Fragestellung in zweifacher Hinsicht auslegen und entsprechend der vorgegebenen Zeit kurz bearbeiten:

Es wird impliziert, daß feministische Theologie etwas verändert. Ich frage dabei nicht vorrangig, was *Theologie* im Bereich der Universitäten und durch ihre Wirkung aus den Universitäten hinaus in der Gesellschaft verändert, sondern nach den Veränderungen, die feministisch verstandene *Frauenforschung* in der Praxis ihres sozialen Umfeldes bewirkt. Da die Universitäten bislang in den Geistes- und Kulturwissenschaften die primären Träger der Forschung sind, und feministische Forschung in diesen Wissenschaften, wenn auch nicht ausschließlich so doch länger und gezielter betrieben werden, ist das soziale Praxisfeld, das verändert werden soll und kann, primär die Universität - und über sie auch die Gesellschaft.

Das zweite mögliche Verständnis des Themas, daß die feministische Theologie *selber* verändert wird, ist ein wenig thematisiertes Faktum: Was verändert die Frauenforschung, wenn sie aus autonomer oder universitätshierarchisch untergeordneter Trägerinnenschaft (Studentinnen und Assistentinnen) in Institutionen strukturell integriert und daher Teil derselben wird? Ich möchte mit der zweiten Fragestellung mein Statement beginnen.

**1. Veränderung feministischer Theologie und Frauenforschung durch Institutionalisierung**

Die Ausschreibung zu diesem Symposium<sup>1</sup> bietet ein gutes Beispiel zur Illustration der Veränderung:

Im Titel steht „feministisch“;

---

<sup>1</sup> Alle folgenden Zitate sind aus dem Faltblatt zur Ankündigung des Symposiums genommen (kursive Hervorhebungen: I.F.)

in der Vorstellung des Symposions steht „Frauenforschung“; und in der Beschreibung liest man, daß es sich eigentlich um „Geschlechterforschung“ handeln soll.

Dabei wurde offensichtlich in den letzten zwei Jahren der 1994 einstimmig gefaßte Fakultätsbeschluß, „Frauenforschung zu fördern“, nun so ausgelegt, daß „Frauen- und Geschlechterforschung“ gefördert werden soll. Dies stellt eine klare Veränderung im Rahmen fortlaufender Institutionalisierung dar.

Sexismus wird im Einladungstext als „strukturelle Sünde“ bezeichnet. „Überwunden werden kann er *nur* in solidarischer Verbundenheit und Zusammenarbeit von Frauen *und* Männern.“ Dies schlägt sich auch im Programm nieder, wo - sieht man vom Eröffnungsvortrag ab - bei den die Theorie erarbeitenden Hauptvorträgen Männer egalitär zu Frauen vertreten sind. Die Theorie einer so verstandenen „feministischen Theologie“ wird also geschlechterparitätisch erforscht oder entwickelt. Frauen sind nicht mehr die vorrangigen Subjekte des Forschens und die Frauenfrage ist nicht mehr das vorrangige Objekt der Forschung.

Die Praxis, die politische Umsetzung, überläßt man allerdings den Frauen. Ich hoffe, dies bedeutet nicht, daß die Männer aus der politischen Verantwortung entlassen werden und die als Geschlechterforschung verstandene Frauenforschung die politische Verantwortung ausschließlich den Frauen zuschreibt, welche dann leider berichten und bekennen müssen, daß sie noch sehr wenig an Veränderungen erreicht haben...

Es ist mir klar und ich hoffe sehr, daß das Programm dieses Symposions nicht auf diese Weise programmatisch zu lesen ist. *Möglich* ist diese Lesart jedoch schon.

Als feministisch arbeitende Theologinnen muß uns klar sein, daß wir selber und auch unsere Lehre und Forschung verändert werden, wenn wir in so traditionsreiche Institutionen wie der Universität strukturell eingegliedert werden. Die Kehrseite eines solchen Traditionsreichtums ist allerdings ein enormes Beharrungsvermögen auf Althergebrachtem. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß man als feministische Theologin nicht *überleben* kann ohne Kompromisse; und man kann schon gar nicht *leben* ohne sie. Aber *wo* und mit *wem* die Kompromisse gemacht werden und *wie* weit sie gehen, muß *von den Frauen selber* vorher gründlich reflektiert werden, um von der inhaltlichen und zahlenmäßigen männlichen Dominanz an solchen Forschungseinrichtungen nicht in politisch sich neutral gebender Geschlechterforschung aufgerieben zu werden. Solange Frauen in den führenden Forschungs- und Lehrinstitutionen

derart unterrepräsentiert sind, ist vorgebliche politische Neutralität in der Geschlechterfrage automatisch parteiisch für den status quo.

## 2. Veränderungen im universitären und gesellschaftlichen Bereich durch feministische Forschung und Lehre

Die inhaltliche Seite dieser Fragestellung, die Forschung und Lehre betrifft, wurde am gestrigen Tag abgehandelt. Ich habe hier die Aufgabe, die politische Dimension im Sinne gesellschaftlicher Veränderung darzulegen und kann dies in der kurzen Zeit nur exemplarisch und schlaglichtartig tun.

### 2.1 Institutionalisierung und Förderung feministischer Forschung und Lehre

Die Anregungen zu feministischer Forschung und Lehre an Universitäten kam vorrangig von der sogenannten zweiten Frauenbewegung. Insofern dieser einige wenige Professorinnen angehörten (wie etwa Annette Kuhn), trugen sie deren Anliegen in Forschung und Lehre ein und entwickelten entsprechende Theorien.

Meist waren es jedoch die Studentinnen selber, die dann - wenn sie viel Glück hatten - vielleicht Assistentinnen wurden und als solche auch lehren konnten. Ab den achtziger Jahren wurden faktisch an fast allen theologischen Fakultäten des deutschen Sprachraumes Lehraufträge für feministische Theologie erteilt. Diese waren hart erkämpft von den Frauen, die sie wollten und schlecht bezahlt für die Frauen, die sie hielten - und sind dies häufig noch immer. Die Errichtung eigener Frauenforschungslehrstühle an deutschsprachigen katholisch-theologischen Fakultäten ist bislang nur an den Universitäten Bonn und Münster sowie als Gastprofessur (C 3) an der Evangelisch-theologische Fakultät in Berlin geschehen. Diese innovativen Fakultäten blieben bislang ohne Nachfolgerinnen...

In Österreich haben die frauenpolitisch motivierten Frauen nicht für einige wenige Frauenforschungslehrstühle gekämpft. Wir wollten ganz normale Professuren mit feministisch arbeitenden Frauen besetzen. Durch den Frauenförderplan an Universitäten und den politisch wirkmächtigen „Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen“, dessen Kompetenzen vom Anhalten des Verfahrens

bis zur Aufsichtsbeschwerde an das Ministerium gehen, war dies auch in Einzelfällen wie der Katholisch-theologischen Fakultät Graz möglich.

Die Universität Graz hat bis heute in der Frauenforschung eine Vorreiterinnenrolle. Durch die Initiative einer der ersten habilitierten Frauenforscherinnen Österreichs, der Philosophin Elisabeth List, wurde in den achtziger Jahren die „Grazer Projektgruppe Interdisziplinäre Frauenforschung“ gegründet, die nicht nur gemeinsame Lehrveranstaltungen und Publikationen initiierte, sondern aus der schließlich auch die universitätspolitisch arbeitende Gruppe des Arbeitskreises für Gleichbehandlungsfragen (Universitätsorganisationsgesetz 1975, § 106a) hervorging. Die fortschreitende Novellierung der Gesetzeslage zur Gleichbehandlung ist wiederum maßgeblich einer Grazer Forscherin, der Öffentlichkeitsrechtlerin Silvia Ulrich, zu verdanken.

Daß die Universität Graz eine „Wander-Gastprofessur“ für Frauenforschung eingerichtet hat, die in diesem Semester als „Aigner-Rollet-Gastprofessur“ erstmals besetzt werden konnte, freut mich besonders, da ich an der Entwicklung des Konzepts noch beteiligt war. Durch die unermüdliche Arbeit von Roswith Roth, Leiterin der „Interuniversitären Koordinationsstelle für Frauenforschung und Frauenstudien“ und Vorsitzende des AK für Gleichbehandlungsfragen, ist eine Sonderfinanzierung dieser Professur gelungen, die feministische Impulse für die gesamte Universität und nicht nur für einzelne Fachgebiete gibt.

Wenn ich als zweites Exempel neben der Grazer Universität nun die Frauenforschung im Land Nordrhein Westfalen kurz skizziere, so stelle ich für deutschsprachige Verhältnisse das Paradies für Frauenforschung dar:

1986 wurde durch die damalige Wissenschaftsministerin Anke Brunn das sogenannte „Netzwerk Frauenforschung Nordrhein Westfalen“ eingerichtet. Dieses Netzwerk hat derzeit 44 Frauenforschungsprofessuren an 21 Hochschulen.<sup>2</sup> Mit diesen Professuren ist Frauenforschung in NRW als Forschungs- und Lehrfach explizit vertreten. Mein eigener Lehrstuhl entstammt (wie der Frauenforschungslehrstuhl in Münster) ursprünglich ebenso aus dem Netzwerk, wurde jedoch vor der Besetzung regulär in die Fakultät integriert.

Neben Wiedereinstiegsstipendien, Promotions- und Habilitationsstipendien speziell für Frauen, wie sie sowohl in Österreich als auch in Deutschland eingerichtet wurden, ist besonders auf die im Jahr 2000 an sechs deutschen

<sup>2</sup> Siehe dazu: Arbeitskreis Wissenschaftlerinnen von NRW, Memorandum IV: Keine Qualität ohne Geschlechterparität, Dortmund 1999; 8.

Universitäten stattfindende „Internationale Frauenuniversität“ zu den Themen Arbeit, Information, Körper, Migration, Stadt und Wasser zu verweisen.

Zur Institutionalisierung von Frauenforschung gehören schließlich auch die wissenschaftlichen Gesellschaften, die Frauenforscherinnen gegründet haben. Die größte dieser Gesellschaften Europas ist die sogenannte ESWTR, die „Europäische Gesellschaft für theologische Forschung von Frauen“, die universitäre und außeruniversitäre Forscherinnen verbindet. Ihre diesjährige Tagung hat sie in Deutschland organisiert; die nächste wird in zwei Jahren in Österreich stattfinden. -Frauenbewegung und Frauenforschung wurden im letzten Jahrzehnt oft totgesagt; das hier im Kontext der traditionellen Universitäten Aufgezeigte erweist eher das Gegenteil.

## 2.2 Die desillusionierende Faktenlage für Frauen als forschende Subjekte in der traditionellen Wissenschaft

Frauenförderpläne und Antidiskriminierungsgesetze existieren nun in den meisten west- und mitteleuropäischen Ländern seit Anfang der 90er Jahre. In manchen Ländern sind sie sogar zehn Jahre älter. Die Maßnahmen müßten nun schon langsam greifen. Sieht man sich die nackten Fakten an, so macht sich allerdings große Ernüchterung breit:

Die Zahl der ordentlichen Universitätsprofessorinnen liegt sowohl in Deutschland als auch in Österreich noch immer um die 5%.

Um diesen Anteil an der Universität Bonn für das letzte zugängliche statistische Jahr in Zahlen (ohne Klinikum) zu belegen: 231 C-4 Professoren stehen 11 Professorinnen gegenüber (nach der Emeritierung von Annette Kuhn kann man sagen: Wir waren nur noch 10).

In NRW, dem Land der Frauenforschungsprofessuren, liegt der Anteil an weiblichen ordentlichen Professorinnen gerade einmal ein Prozent über dem bundesweiten Durchschnitt. Das erweist, daß nur die Sonderfinanzierung den Prozentanteil unmaßgeblich erhöht hat, aber in der Berufungspolitik der Fakultäten noch kein Umdenken stattgefunden hat.

Bei Professuren insgesamt liegt der Frauenanteil bei 9%. Entsprechende Statistiken in Österreich müßten hier die sogenannten „definitivgestellten“ Assistentinnen mit einbeziehen, da sie in Deutschland in etwa C1 oder C2

wertig wären. Laut Statistik des Hochschulberichts liegt der Prozentsatz für 1999 mit dieser Berechnung über 15%.<sup>3</sup>

Je geringer das Ansehen - und die Ausstattung und Bezahlung - universitärer Stellen ist, desto höher ist ihr Frauenanteil. Beim nichtwissenschaftlichen Personal (überwiegend Sekretärinnen) liegt der Anteil bei 70%.<sup>4</sup>

Diesen beiden Extrempolen ist an deutschen Hochschulen durchschnittlich ein steigender Studentinnenanteil von 40-45% gegenüberzustellen; an österreichischen Universitäten liegt dieser Anteil sogar noch höher.

Im oft als „goldenem Land der Frauenforschung“ bezeichneten deutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen grassiert derzeit ein „Qualitätspakt“ genanntes Sparpaket, das vor allem durch den Wegfall aufgrund der Verweigerung der Nachbesetzung höher bezahlter Stellen bei Ausscheiden der Stelleninhaberinnen und -inhaber Einsparung größeren Ausmaßes bringen soll. Das „Netzwerk Frauenforschung“ scheint dabei besonders gefährdet zu sein: Es hatte dieses Jahr 41 Professuren, wobei jedoch - und dies ist bezeichnend - 11 davon, also mehr als ein Viertel, vakant sind. Die Professur von Annette Kuhn ist durch einen solchen kw-Vermerk (= künftig wegfallend) bereits gestrichen. Keine der Fakultäten an der Universität Bonn wollte die Stelle zu Zeiten, als sie noch zu haben war, ernsthaft beantragen... Es kommt einem das Gedicht von Ingeborg Bachmann in den Sinn: „Es kommen härtere Tage...“

### 3. Was wird sichtbar am Horizont?

Dieses Genderforschungssymposium findet an der Schwelle von einem Jahrhundert, das von der Frauenfrage stark geprägt war, zu einem anderen Jahrhundert statt, von dem noch nicht klar ist, ob die Frauen das Erreichte halten werden können.

Wohin geht der Weg und welche Perspektiven werden am Horizont sichtbar? Meines Erachtens ist im universitären Bereich noch viel zu wenig geschehen, als daß man zu einer sich neutral gebenden Geschlechterforschung übergehen

<sup>3</sup> Das in diesem Artikel verarbeitete statistische Material für Österreich stammt aus dem Hochschulbericht 1999, dessen 6. Kapitel „Frauen an Hochschulen“ gewidmet ist: [http://www.bmwf.gv.at/3uniwes/hsb/99/hsb\\_1\\_0.6.pdf](http://www.bmwf.gv.at/3uniwes/hsb/99/hsb_1_0.6.pdf).

<sup>4</sup> Die Zahlen für Deutschland sind der Homepage des Statistischen Bundesamtes Deutschlands entnommen und einsehbar unter: <http://www.statistik-bund.de/basis/d/biwiki/hoch>

könnte. Ein geschlechterfairer Forschungsansatz muß m.E. solange eine feministische Option haben, bis die gesellschaftliche Gleichstellung auch in so traditionsreichen und daher häufig traditionell funktionierenden Institutionen wie der Universität annähernd gegeben ist. Die Quote von 40%, die der österreichische Frauenförderplan vorsieht, scheint hier zumindest ein Richtwert zu sein. Davon sind wir aber gerade in jenen Etagen der Universität, die mit Entscheidungskompetenz, Macht und auch Geld verbunden sind, noch sehr weit entfernt. Solange Frauen nicht das gleiche Recht wie die Männer haben, Kultur und Gesellschaft nach ihren Vorstellungen zu gestalten und zu prägen, ist das Prädikat „feministisch“ unumgänglich notwendig, da es den Willen zu einer Änderung gesellschaftlicher Praxis in Richtung Gerechtigkeit anzeigt.

Die Universitäten sind derzeit in einem ungeheuren Wandlungsprozeß begriffen: Als Hauptindikator der Evaluation stehen nicht mehr Lehre und Forschung im Sinne von Publikationen und Lehrveranstaltungen, sondern Drittmittelwerbung. Bei manchen Fächern der Universität ist dies ein relativ einfaches Geschäft, da die Wirtschaft das innovative Potential der Universitäten braucht. Bei Geisteswissenschaften, die bislang die Hauptträger feministischer Forschung sind, wird die Sache schon schwieriger. Sie werden in NRW bereits zu den „unproduktiven“ Wissenschaften gezählt. Bei Theologie ist das Geldeinwerben noch schwieriger, da das dazugehörige Praxisfeld der Kirchen ebenso durch fortschreitenden, krassen Geldmangel gekennzeichnet ist. Wenn immer mehr eine Wirtschaft, deren Maxime Gewinnmaximierung ist, bestimmt, wo die Forschungsgelder hingeleitet werden, und die Politik immer mehr Kompetenzen an sie abgibt, wird das gesellschaftspolitische Anliegen der Gerechtigkeit, auch der Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern, immer mehr ins Hintertreffen geraten.

Der sicherste Weg in die Zukunft ist immer noch der Zusammenhalt unter Frauen und der politische Wille, die Hälfte der Verantwortung, die Hälfte der Macht und die Hälfte der ökonomischen Ressourcen, die uns Frauen zusteht, auch zu beanspruchen. Dabei haben jene Frauen, die den Weg bereits gegangen sind, die Verantwortung, die jüngeren mitzuziehen. Diese Verantwortung beginnt bei der Studentin im höheren Semester und endet bei der ordentlichen Professorin. Quoten alleine werden es nicht machen, man wird sie umgehen und sich auf Qualitätssicherung ausreden, welche allerdings bei der bislang noch immer bestehenden Männerquote von über 90% nie entsprechend thematisiert wurde (um von der Priesterquote in Katholisch-theologischen Fakultäten hier gar nicht zu reden). Es hilft nur, daß auch die Frauen künftig wissen,

auf wen sie sich innerhalb des „good old boys network“<sup>5</sup> verlassen können: Es hilft nicht, in Anbetracht der Fakten in Lethargie oder gar Resignation zu verfallen. Der nüchterne Blick auf die ermüchternde Realität muß Frauen zum Handeln antreiben. Etablieren wir in Eigenverantwortung ein „better new women´s network“!

4

<sup>5</sup> Daß Frauen das „good old boys network“ nutzen können, ist ein Spezifikum der Grazer Theologischen Fakultät unter ihrem Dekan, Prof. Dr. Max Liebmann. Er hat über eine Viertelmillion Schilling für dieses Symposium eingeworben, noch bevor es konkret durchgeplant wurde. Daß ein Dekanat zusätzlich auch diese Drittmittel verwaltet und den gesamten Schriftverkehr führt, davon kann man als Frauenforscherin in Deutschland nur träumen...